



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/291 - 18. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Gedanken zum Weihnachtsfest 1956	S. 1
Elick auf die Fürsorgearbeit für ungarische Flüchtlinge	S. 3
Endlich Regelung für politische Häftlinge	S. 5
Heinrich Drake 75 Jahre alt	S. 6

Auf die Freiheit darf man nicht verzichten

Von Pastor Heinrich Albertz, Berlin

Ich soll einen Weihnachtsartikel schreiben. Berlin liegt wie im Frühling vor den Fenstern meines Büros. Der Stadt ist nicht anzumerken, welche Erschütterungen sie in den letzten Wochen durchgemacht hat, tiefer und nachhaltiger als wohl irgendeine andere Stadt in Europa, von dem unglücklichen Budapest abgesehen. Der äussere Glanz der vorweihnachtlichen Zeit hat sich auch in unseren Strassen eingefressen. Es wird gekauft und gehandelt, und Ostberlin hat sogar wieder seinen alten Weihnachtsmarkt mit Würstchen (ohne Würzen) zu HO-Preisen.

Während eine ganze Nation um der Freiheit willen sich zum Sterben und zum Verhungern anschickt, haben wir in Berlin gehört, dass es unmöglich sei, in der Hauptstadt Deutschlands zu regieren, weil man das Risiko eines Abgeschnittenwerdens von Westdeutschland nicht tragen könne. Während jedermann, der sich um die Erkenntnis der Tatsachen bemüht, weiss, dass die Welt in eine tiefe Unruhe und Bewegung geraten ist, hören wir mit Erstaunen, dass die alten Gebetsmühlen, von der Sicherheit eines westlichen Verteidigungssystems immer weiterklappern. Während viele von uns mit einem zusätzlichen halben Monatsgehalt ihren Kindern ein reicheres Weihnachten ausrüsten können als sonst, werden am Heiligen Abend wieder neu Tausende von Heimatlosen in Ungarn in den Lagern Österreichs und der Bundesrepublik ihr erstes Weihnachten auf der Flucht feiern müssen.

Es wird also noch nötiger sein als in irgendeinem anderen Jahr,

18. 12. 1956

an diesem Fest der Christenheit nüchtern zu bleiben. Es hat sich in den vergangenen Monaten der Eindruck verstärkt, als ob diese notwendigen Nüchternheit in unseren Tagen die Völker ausserhalb des christlichen Kulturkreises nachhaltiger in ihrem Handeln bestimmt als das Abendland oder den amerikanischen Kontinent. Wie wurde die Brüchigkeit gewisser grosser Reden deutlicher wie in jenen Tagen, als die riesige Familie der farbigen Völker erschreckt und bestürzt auf die Intervention Englands und Frankreichs im Suez-Konflikt blicken musste und wir alle plötzlich erlebten, wie sich die Mässe vertauschten. Unsere Freunde, die in diesen kritischen Wochen Asien besuchten, haben es als gemeinsame Erfahrung berichtet: die Glaubwürdigkeit der freien Welt und das Vertrauen in die Lauterkeit ihrer Gesinnung ist dort auf das tiefste gefährdet worden.

Auch hier in Berlin war dies vielleicht der tiefste Grund für die innere Verwirrung und Ratlosigkeit der Herzen, als man gegen die Gewalt in Ungarn demonstrierte und doch wusste, dass die Gewalt auch in den Bereich der eigenen Freiheit eingedrungen war.

Was können wir nun in diesen Tagen tun? Ich glaube, zuerst sollten wir darüber nachdenken, wie wir endlich, endlich zu einer anderen Gewichtsverteilung unserer eigenen Urteile kommen. Durch Jahre hindurch ist uns gesagt worden, dass eigentlich nichts anderes wichtig sei, als einen Teil Deutschlands mit dem einen freien Teil der Welt unlöslich zu verbinden. Wer will zweifeln, dass das nützlich wäre? Aber die letzten Monate haben doch hoffentlich auch den Letzten davon überzeugt, dass plötzlich aufgebrochene Freiheitsbewegungen in Ländern, die wir fast verloren glaubten, und die für viele von uns völlig aus dem Bewusstsein entschwunden waren, wichtiger sind als alle Verhandlungen in den Stäben der NATO und alle Konferenzen im atlantischen Raum. Warschau und Budapest waren uns plötzlich ganz nahe auf den Leib gerückt, und es zeigte sich, wo die wirklichen Entscheidungen fallen: an der inneren Front des Widerstandes gegen die Gewalt. Jeder polnische Arbeiter, der in Posen auf die Strasse ging, und jeder ungarische Student, der hinter der Fahne der Freiheit sein Leben riskierte, war uns plötzlich, trotz Oder-Neisse-Linie und trotz aller Bekenntnisse zu einem national-bestimmten Kommunismus, näher als irgendeiner von denen, die mühelos und ohne Risiko im Bereich der Freiheit ihre Geschäfte

machen.

Das zweite aber ist dies: wir sollten endlich davon ablassen, von anderen zu verlangen, was wir nicht selber zu tun bereit sind. Es hat in den schlimmsten ungarischen Tagen in Westdeutschland leider einige Leute gegeben, die aus der Sicherheit ihres Daseins heraus zum Generalstreik in der Zone oder zu völlig sinnlosen militärischen Aktionen in Ungarn aufrufen wollten. Im besten Fall wissen solche Mitbürger nicht, was sie tun. Der Bundespräsident hat in Berlin nicht ohne Grund von den Balladenpolitikern gesprochen und gesagt, wir hätten mit ihnen in Deutschland übergerug und überaus schlechte Erfahrungen gemacht. Jedenfalls: wer Menschen in der Zone Ratschläge gibt, sollte zunächst selbst bereit sein, in die Zone zu gehen und dort nach diesen Ratschlägen zu handeln. Wer dazu nicht bereit ist, kann nur aus dem grösseren Überblick in seiner Welt der Freiheit zur Besonnenheit, zum Vernünftigen, zum Erreichbaren mahnen.

Es war eines der schlechtesten Zeugnisse, das sich viele Deutsche ausstellen konnten, als sie auf bestimmte, sehr vorsichtige Äusserungen von Eugen Gerstenmaier oder Carlo Schmid zu unserem Verhältnis mit Polen nur den versteckten Vorwurf einer Art Landesverrat für diese beiden hochverdienten Männer als Antwort hatten. Die Gewichte der Welt werden durch die Realitäten der Macht bestimmt. Wer von den Mächtigen ein Stück Freiheit oder Selbstbestimmung wünscht, aber selber schwach und nicht ohne Schuld dasteht, kann immer nur verhandeln.

Ich sollte einen Weihnachtsartikel schreiben. Was hat das alles mit der Geburt Christi zu tun? Alles, lieber Leser, alles! Dann wir werden den Sohn Gottes nur recht anbeten können, wenn wir wissen, in welche Welt er kam, und wie weit wir noch von dem Gesang der Engel über den nächtlichen Feldern wohnen: "Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!"

Der Verfasser dieser Zeilen nahm bis in die letzten Tage aktiv an der Fürsorgearbeit für die nach Österreich geflohenen ungarischen Flüchtlinge teil. Sein Bericht kündet von den Schwierigkeiten der Unterbringung der Flüchtlinge, aber auch von der grossartigen Hilfsbereitschaft von Tausenden von Menschen.

An der internationalen Front der Menschlichkeit

F.K. Wien, Mitte Dezember

Die sozialistische Volkshilfe in Österreich hat ihre bislang schwerste Bewährungsprobe bestanden. Viele ihrer freiwilligen Helfer stehen seit Ende Oktober, als die ersten Verwundeten des ungarischen Volkskrieges gegen die sowjetische Besatzung über die Grenze kamen, ununterbrochen an der internationalen Front der Menschlichkeit. Ihre Aufgabe, zu retten, was zu retten ist; ihr Ziel, den verzweiflenden Flüchtlingen neuen Mut zu geben; ihr Wunsch, dass Mord und Verfolgung auf der anderen Seite endlich aufhören und dem Brudervolk seine freie Selbstbestimmung gegeben wird, für die es Tag für Tag das Unmögliche wagt. Das Bekenntnis der Ungarn zur Freiheit können sowjetische Generale weder mit Bajonetten, noch mit lastigen Winkelzügen aus der Welt schaffen. Das über alle Gewalt triumphierende Kossuth-Wappen ist zum Kainszeichen auf der Stirn der Kremngewaltigen geworden.

Die österreichischen Arbeitersamariter stehen zur Neutralität ihres kleinen Landes, aber sie üben zugleich die Pflicht zur Solidarität. Hauptbrennpunkt ihrer Rettungsarbeit ist das Burgenland. Von zehn festen Stationen aus leisten sie erste Hilfe allen, die trotz sowjetischer Repressalien und Menschenfallen den Sprung in die Freiheit wagen. Gerade das Burgenland ist eine Hochburg der Sozialistischen Partei Österreichs. Es ist kein reiches Gebiet. Noch leidet das Land unter den Folgen einer Hochwasserkatastrophe im Frühjahr vorigen Jahres, die eine Missernte verursacht hat. Jetzt warten in diesem verarmten Landstrich ständig bis zu 10 000 Ungarn auf den Abtransport in das Landesinnere.

In manchen Ortschaften halten sich dreimal soviel ungarische Flüchtlinge wie Einheimische auf. Dabei wechseln ständig die Schwerpunkte, an denen unter dem oft trügerischen Schutz der Dunkelheit der Hauptstrom durchbricht. Die russischen Häscher, unterstützt von ungarischen Quislingen, machen es den Ärmsten schwer. An einem Punkt, wo schon einmal 5 000 mit einem Schlag herüberwechselten, sickern nun bloss noch 300 durch.

Man muss gesehen haben, wie sie in den Auffangstellen der Grenz-

dörfer ankommen. Eine Helfergruppe der deutschen Arbeiterwohlfahrt allein hat in einer Nacht mit einem Personenwagen 600 Flüchtlinge von der Grenze bis zur nächsten Obhut gebracht. Die Mutigsten sind meist die Kinder. Oft hängt ihnen die Haut in blutigen Fetzen von den blossen Füßen. Nach tagelangen Gewaltmärschen haben sie die Schuhe im Grenzmoor verloren. Keiner zählt diejenigen, die dort einsam des nachts umkommen. Es heisst, dass bald ein Drittel der nun schon 130 000 Flüchtlinge Jugendliche unter 14 Jahren sind. Selten kommt eine Gruppe ohne Kinder. Manche Jugendlichen sind allein. Die Eltern hatten keine Kraft mehr, und sie liessen ihre Kinder ziehen, weil sie hoffen, es winkt ihnen eine bessere Zukunft. Haben sie es dann geschafft, wird nicht etwa geklagt, man lächelt tapfer, schüttelt sich die Hände, umarmt einander, grüsst dankbar die Grenzhelfer der freien Welt und gedenkt der Kameraden, die im Feuer der sowjetischen Sonderkommandos liegenblieben. In den ersten Auffangstellen fragt niemand nach Namen oder Ausweis. Was zählt sind allein Menschenantlitz und Hände, die zupacken.

Aber auch in den rückwärtigen Gebieten leistet die Volkshilfe gute Arbeit. In bald 30 Heimen trägt sie die volle Verantwortung für rund 2 500 Flüchtlinge. Allein für deren Verpflegung müssen täglich 50 000 Schilling aufgebracht werden. Die Insassen der Heime wechseln oft. Das bedeutet immer wieder neue Einkleidung. Es fehlt an eigenen Transportmitteln, darum wird die Personen- und Güterbeförderung einer der teuersten Posten, ganz zu schweigen von der Heizung. So werden für das Heim Lager Hörndlwald (140 Insassen) allein täglich 600 Kilogramm Koks gebraucht, die hier rund 100 Mark kosten.

Hochbetrieb herrscht in der Wiener Auswanderungsstelle der Volkshilfe. Jetzt ist man gerade dabei, einen Transport mit Jugendlichen nach Norwegen zusammenzustellen. Ein Omnibus ist dauernd unterwegs. Er sammelt geeignete Jungen zusammen. Das geht nicht immer ohne Schwierigkeiten. Gerade steht mit bitterböser Miene der 14 Jahre alte Josef P. vor uns am Tisch. Er will nicht mit. Gefragt, warum denn nicht, stellt sich heraus, dass er nur mit seinem besten Freund Istvan K. fahren will. Es war aber nur noch ein Platz frei. Also werden beide zurückgestellt. Es geht ruhig und freundlich zu. Jeder kann gewiss sein, dass man es gut mit ihm meint.

Fast 3 000 Flüchtlinge sind in noch nicht vier Wochen in etwa 25 Kleintransporten in zehn Länder gebracht worden. So geht es Tag für Tag. Und kein Ende ist abzusehen.

Gesetzlich verankerter Rechtsanspruch

KJ. Seit Jahr und Tag hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass die entlassenen politischen Häftlinge aus der Zone und aus der Sowjetunion eine Entschädigung für die Leiden ihrer Vergangenheit bekommen - sofern man die ausgestandenen körperlichen und seelischen Nöte, den Verlust der Freiheit und des beruflichen Vorankommens überhaupt "entschädigen" kann. Schliesslich kam im August 1955 das Häftlingshilfegesetz mit seiner durch und durch unbefriedigenden Beihilfen-Regelung: ein 10-Mil-lionenfonds der Bundesregierung erlaubte dem bedürftigen Häftling, auf der Basis von Kenn-Bestimmungen um Beihilfen zu bitten. Die schlimmsten Härten wurden damit beseitigt - nichtsdestoweniger aber blieb der politische Häftling ein "Heimkehrer zweiter Klasse" gegenüber den entlassenen Kriegsgefangenen.

Die Sozialdemokratische Partei ist seitdem nicht müde geworden, immer und immer wieder eine Anpassung des Häftlingshilfegesetzes an das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz zu fordern. Das Ergebnis: der Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen hat nach langen Diskussionen dem Parlament einstimmig ein Änderungsgesetz zum HHG vorgeschlagen. Und ebenso einstimmig hat der Bundestag der Gesetzesvorlage zugestimmt.

Seit dem 6. Dezember 1956 haben nun die politischen Häftlinge einen Rechtsanspruch auf Haftentschädigung. Der § 9a des Häftlingshilfegesetzes ist entsprechend erweitert worden und bringt die endliche Gleichstellung der politischen Heimkehrer mit den Kriegsgefangenen. In Ziffer 3 des Paragraphen wird gesagt, dass die Reihenfolge der Entschädigungszahlung nach den Gesichtspunkten der sozialen Dringlichkeit bestimmt wird. Auch im Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz gibt es viele Auszahlungsstufen - das verbesserte Häftlingshilfegesetz ist darum nicht schlechter.

Nicht entschlossen konnte sich leider die Mehrheit der Abgeordneten für einen zusätzlichen Änderungsantrag der SPD, die Sechs-Monate-Frist aus dem Gesetz zu streichen. (Häftlinge müssen bekanntlich im Verlaufe von sechs Monaten, vom Tag der Entlassung an gerechnet, im Bundesgebiet oder in Westberlin eintreffen, wenn sie die Vergünstigung des HHG

in Anspruch nehmen wollen.) Der SPD-Abgeordnete Hermsdorf begründete den Antrag so:

"Alle die Menschen, die aus den Anstalten der sowjetischen Besatzungszone entlassen worden sind, befinden sich in der Zone zweifellos in einer sehr schwierigen psychischen und physischen Situation. Sie können nicht so an den Termin gebunden werden, wie wir uns das hier am grünen Tisch vielleicht vorstellen. Jeder einzelne hat da sehr viele seelische und materielle Sorgen, die zu berücksichtigen sind. Wir bitten aus diesem Grunde, hier einmal diese rein menschlichen Erwägungen vorangehen zu lassen."

Die CDU/CSU war jedoch der Meinung, dass bei einer Streichung der Terminsetzung, "weitreichende Auswirkungen auf andere Gesetze eintreten würden". Mit ausserordentlich geringer Mehrheit wurde der sozialdemokratische Zusatzantrag abgelehnt.

Das aber ist endlich erreicht: die Häftlinge haben ihren Rechtsanspruch auf Entschädigung. Sie haben damit aufgehört, Heinkelrer zweiter Klasse zu sein, die um Almosen betteln müssen.

+ + +

Vorbildliches Wirken

ep. Zu den populärsten Persönlichkeiten im östlichen Westfalen gehört der Landespräsident a.D. Heinrich Drake. Am 20. Dezember vollendet er sein 75. Lebensjahr. In der Geschichte des Lipper Landes wird seine Tätigkeit immer einen besonderen Platz einnehmen. Sein Verantwortungsbewusstsein, sein Fleiss, sein lauterer Charakter und seine Heimattreue stempelten ihn schon vor dem zweiten Weltkrieg zu einem ausgereiften Politiker, dessen Streben der Wohlfahrt der Menschen galt. Die Jahre des Dritten Reiches trugen ihm zwar viele Verfolgungen ein, aber ungebrochen nahm er 1945 mit gewohnter Tatkraft seine Arbeiten wieder auf, die ihm, wo er auch immer stand, mit Hochachtung und Sympathien vergolten wurden.

Der rüstige 75-er fand vor Jugend auf seine politische Heimat in der Sozialdemokratie. 50 Jahre ist er Mitglied der Partei. Die Wurzeln seiner Kraft liegen in der Verbundenheit mit dem Lipper Land und seiner Bevölkerung. Von 1919 bis 1933 hat er dem lippischen Landespräsidium als dessen Präsident angehört und das lippische Staatsschiff an schwierigen Klippen vorbeigesteuert. Nach dem Kriege sorgte er als Regierungspräsident des Regierungsbezirks Detmold für seine reibungslose Eingliederung in das Land Nordrhein-Westfalen. Als stellvertretender Vorsitzender des Landchaftsverbandes Westfalen hat er entscheidend dazu beigetragen, dass das politische Gewicht der Sozialdemokratie entsprechend zur Geltung kam.

Viele Glückwünsche werden an diesen Tage Heinrich Drake zuströmen. Sie gelten dem Menschen und dem Politiker, der ein leuchtendes Vorbild dafür ist, wie man, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, sich stets selbst treu bleiben kann. Das schönste Geburtstagsgeschenk für ihn ist sicher die Tatsache, dass bei den letzten Kommunalwahlen die Sozialdemokratische Partei zum ersten Male in der Geschichte in beiden lippischen Kreisen die absolute Mehrheit errang.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau